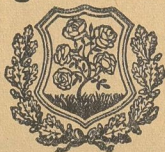


Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Vorkaufsstelle 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umhänge-, Scherz- und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 142.

Sonnabend, den 26. November 1932.

35. Jahrg.

Die Verhandlungen mit Adolf Hitler abgeschlossen.

Mehrheitskabinett des Brälaten Kaas ebenfalls unmöglich!

Berlin, 25. November 1932

Im Auftrage des Reichspräsidenten hat Staatssekretär Dr. Meißner brieflich Adolf Hitlers Gegenversuch auf Betrauung mit dem Kanzleramt einer Präsidialregierung ablehnend beantwortet. Der Staatssekretär gibt aber im Auftrage des Reichspräsidenten der Hoffnung Ausdruck, daß eine Zusammenarbeit zwischen Hindenburg und Hitler eines Tages doch noch zustande kommen werde. Der Reichspräsident stehe jederzeit Hitler zu einer Ausrede gleich welcher Art zur Verfügung. (Der Briefwechsel ist in der Beilage abgedruckt.)

Nach dem Scheitern eines Kabinetts der nationalen Konzentration mit Hitler an der Spitze hat der Reichspräsident die Parteiführer zu neuen Besprechungen empfangen und den Führer des Zentrums, Brälaten Kaas, beauftragt, einen neuen Versuch in der Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag zu unternehmen.

Ein Aufruf Hitlers

Nach Abschluß der Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler hat der Führer der Nationalsozialisten einen Aufruf an seine Parteigenossen erlassen.
Hitler erklärt in diesem Aufruf, daß er mit der Voraussetzung über das Ergebnis der Arbeiten des Kabinetts von Papen recht befaßt habe. Hitler spricht in dem Aufruf von der Gefahr des Volkswirtschafts und sagt dann zu den Verhandlungen über die Krise, daß man ihn „nach Berlin rufen habe“, und daß man doch nichts anderes wollte, als „Papens Kabinett zu retten“ und Hitler „einen zweiten 13. August zu bereiten“.
Der Aufruf, eine Lösung parlamentarischer Art herbeizuführen, sei „vorsorglich durch die daran getnüpften Bedingungen von vornherein unmöglich gemacht“. Sein eigenes Angebot sei abgelehnt, und damit sei „der Wille der Mitglieder des Herrn Reichspräsidenten enttäuscht“.
Hitler gibt dann die Parole aus: „Der Kampf wird weitergeführt, und wer den Weg des Kabinetts Papen vom Juni bis heute mit offenen Augen verfolgte, der weiß, wer der Sieger sein wird.“

Röhm an die SA. und SS.

Der Stabschef Hitlers, Gottfried Röhm, veröffentlicht folgenden Aufruf an die SA. und SS.:
„SA. und SS.-Kameraden! In dem jähren Ringen um Freiheit und Brot des deutschen Volkes liegt wieder ein Kampfabschnitt hinter uns. Der Reichspräsident hat das Angebot des Führers, sich mit der ganzen Kraft der Bewegung ihm zur Rettung von Volk und Vaterland zur Verfügung zu stellen, zurückgewiesen.
Noch ist die Stunde der Entscheidung nicht gekommen. Der Aufruf wird fortgesetzt. Ungebeugt und trotzig! Die Hauptlast des Kampfes ruht weiterhin auf SA. und SS. Ich weiß, welche unermessbaren, immer sich heizenden Opfer an Gut und Blut für in dem jahrelangen Ringen gebracht haben. Sie wären vergebens, wenn nicht vor dem Ziel erlahmen würden. Noch nie waren wir dem Erfolge so nahe wie heute.
Gedenkt des November 1918! Die Fahne der Freiheit, die uns Adolf Hitler in die Faust gegeben hat, wird nie eingetrocknet.
Wir glauben an den Sieg! Es lebe der Führer!
Der Chef des Stabes, gen. Ernst Röhm.“

Die Parteiführer bei Hindenburg.

Amlich wird mitgeteilt:
Der Reichspräsident empfing am Donnerstagnachmittag den Führer des Zentrums, Brälaten Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag. Die Besprechung wird am Freitagnachmittag fortgesetzt.
Wie von unrichtiger Seite verlautet, sind auch die anderen Parteiführer noch zu dieser Frage gehört worden. Bei dieser Besprechung wurde der Reichspräsident durch Staatssekretär Meißner vertreten. Es waren Hugenberg für die Deutschnationalen, Staatsrat Schaffer für die Bayerische Volkspartei und Dr. Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu dieser Besprechung gebeten worden.

Kaas verhandelt mit den Reichsparteien.

Die politischen Verhandlungen des Freitags zur Behebung der Regierungskrise konzentrierten sich namentlich auf die Besprechungen, die der Führer der Zentrumspartei, Brälat Dr. Kaas, mit den verschiedenen Parteiführern hatte. Als erster erschien der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, bei Dr. Kaas. Sodann hatte Dr. Kaas eine eingehende Aussprache mit dem Parteiführer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, in der der Standpunkt der Deutschnationalen in der Frage des Dualismus Reich-Preußen und des Parlamentarismus zum Ausdruck kam.

In den Mittagsstunden hatte Kaas eine Besprechung mit dem Führer der Nationalsozialisten, Hitler, im Gebäude der Reichstagskammer. Die Besprechung dauerte etwa zwei Stunden. Im politischen Kreise wird die Aussprache zwischen Kaas und Hitler lebhaft kommentiert. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß durch die noch neue Verhandlungen über eine Mehrheitsbildung, die Hitler für sich abgelehnt hat, wieder in Gang gebracht werden.

Brälat Dr. Kaas suchte am Freitagabend den Reichspräsidenten wieder auf, um ihn über seine Besprechungen Bericht zu erstatten. Man rechnet allgemein damit, daß spätestens am Sonnabend die Entscheidung darüber fallen wird, wer vom Reichspräsidenten an die Spitze der neuen Regierung gestellt werden wird.

Die Stellungnahme der Deutschnationalen.

Von deutschnationaler Seite wird zu der Besprechung Kaas-Hugenberg mitgeteilt: Der Zentrumsführer Brälat Kaas hatte den Wunsch ausgesprochen, auf Grund des ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrages mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, eine Aussprache zu haben. Diese Unterredung hat Freitag stattgefunden. Auf Grund der deutschnationalen Stellungnahme anlässlich des Vortrages der Regierung Papen nahm Dr. Hugenberg auf die dem Zentrum bekannte Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei zum parlamentarischen System Bezug und betonte nochmals, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Schädlichkeit der Partei- und Parlamentarisierung herbeiführen. Auf Grund der deutschnationalen Stellungnahme anlässlich des Vortrages der Regierung Papen nahm Dr. Hugenberg auf die dem Zentrum bekannte Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei zum parlamentarischen System Bezug und betonte nochmals, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Schädlichkeit der Partei- und Parlamentarisierung herbeiführen. Auf Grund der deutschnationalen Stellungnahme anlässlich des Vortrages der Regierung Papen nahm Dr. Hugenberg auf die dem Zentrum bekannte Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei zum parlamentarischen System Bezug und betonte nochmals, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Schädlichkeit der Partei- und Parlamentarisierung herbeiführen. Auf Grund der deutschnationalen Stellungnahme anlässlich des Vortrages der Regierung Papen nahm Dr. Hugenberg auf die dem Zentrum bekannte Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei zum parlamentarischen System Bezug und betonte nochmals, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Schädlichkeit der Partei- und Parlamentarisierung herbeiführen.

begreift und demgemäß den Gedanken eines Präsidialkabinetts unterläßt. Dabei müßten allerdings die Fehler vermieden werden, die der Arbeit des zurückgetretenen Kabinetts anhaften.

Der Gedanke, eine Mehrheitsregierung durch die Festlegung von Programmpunkten und Aufgaben vorzubereiten, erinnere so sehr an die Richtlinienpolitik früherer Jahre, daß gerade die DNVP, nach den gemachten Erfahrungen nicht das Bedürfnis einer Wiederholung empfinden könne. Der wirkliche Mittelpunkt der augenblicklichen schweren Krisenlage bestehe doch ausschließlich auf der Schwierigkeit der Verständigung über Personenfragen.

Um das neue Präsidialkabinett.

In Kreisen der Parteien in Berlin hatte man den Eindruck, daß nach dem Scheitern der Versuche über die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung ernsthaft eine Präsidialregierung in Erwägung liege, die eine

erheblich andere Zusammensetzung aufweise als die bisherige Regierung. Bei den Verhandlungen, die Brälat Kaas persönlich mit Adolf Hitler am Freitagnachmittag geführt hat, waren lediglich Reichstagspräsident Brüning und der nationalsozialistische Abgeordnete Frick zugegen. Aus Zentrumskreisen verlautet, daß man

bei den Nationalsozialisten durch den Verlauf der Verhandlungen der letzten Tage so überrascht und misstrauisch geworden ist, daß eine irgendwie geordnete praktische Zusammenarbeit nicht möglich seien. Im übrigen hat der Vorsitzende der Zentrumspartei Verhandlungen mit der SPD nicht geführt, weil sein Auftrag allein den Versuch einer Mehrheitsbildung betraf, und die SPD bereits zu erkennen gegeben hatte, daß sie sich an einer Mehrheitsbildung nicht zu beteiligen gedenke.

Die Verhandlungen ergebnislos!

Amlich wird gemeldet:
Reichspräsident von Hindenburg empfing am Freitagnachmittag um 5 Uhr den Führer des Zentrums, den Brälaten Kaas, der ihm über seine Besprechungen mit den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Volk- und Arbeitsregierung berichtete. Brälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie ebenfalls wie das Zentrum sich an Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung beteiligen würden. Diese Frage ist von dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejaht worden. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei hat die Beteiligung an solchen Beratungen als im Widerspruch mit der Gesamtpolitik seiner Partei stehend nicht zugefagt. Der Vorsitzende der DNVP erklärte, an sich entspräche die Feststellung der sachlichen Grundlätze für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seiner Auffassung. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und auf Grund der Überzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis dieser Beratungen seitens einzelner Stellen keine Folge gegeben würde, hatte er eine Beteiligung seiner Partei nicht mehr zu vertreten.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Brälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Führungsnahme mit den Parteien abzusehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Brälaten für seine Bemühungen. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident nun von seinen weiteren Beratungen über parlamentarische Mehrheitsbildung absteht, und stattdessen am Sonnabend einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung einer Präsidialregierung beauftragen wird.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Zu dem amtlichen Bericht über das Verhandlungsergebnis von Dr. Kaas.

Zu der amtlichen Veröffentlichung des Berichts, den Prälat Kaas über das Ergebnis der mit den Parteien führenden Gespräche seitens des Reichspräsidenten erstattet hat, wird von Seite der Deutschnationalen Volkspartei folgendes mitgeteilt:

Über die Besprechung zwischen dem Prälaten Kaas und Dr. Hugenberg ist bereits eine Pressemitteilung erschienen, die den Verlauf der Besprechungen, soweit die Äußerungen von Dr. Hugenberg in Frage kommen, zureichend wiedergibt. Soweit bekanntgegeben, handelt es sich bei dem Auftrag des Prälaten Kaas um die Frage der „Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag“. In der Unterredung mit Dr. Hugenberg war von Seiten des Prälaten Kaas weder von der „Bildung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft“ des Reichstages noch von einem „Not- und Arbeitsprogramm“ die Rede, sondern nur von einem „schlichten Programm für eine parlamentarische Mehrheitsregierung“. Das wäre die Wiederholung der Vorgänge von 1927 gewesen, als unter Zentrumsleitung die bekannten Richtlinien aufgestellt wurden, die damals die nationale Rechte legten. Das Spiel, das anscheinend in der Berichtserstattung des Prälaten Kaas liegt, erweckt den Eindruck, als sollte den Deutschnationalen für das Scheitern der Verhandlungen ein Mitschuld zugetrieben werden. Die Haltung der Deutschnationalen in der ganzen Krisenwoche zeigt klar das Ziel, in Übereinstimmung mit dem Willen des Reichspräsidenten eine feste Staatsführung auf der Grundlage einer wirklichen Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte zu ermöglichen.

Gegen die Vorwürfe der NSDAP.

Zu dem Briefwechsel zwischen Hindenburg und der Forderung der Nationalsozialistischen Partei wird von Regierungsseite noch folgendes bekanntgegeben:

Hitler hat in der ersten Besprechung mit dem Reichspräsidenten die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht zurückgewiesen, vielmehr hat er erklärt, daß er in der Lage wäre, eine solche Regierung zusammenzubekommen. Daraufhin hat der Reichspräsident sich für unannehmlich und für seine Pflicht gehalten, Herrn Hitler diese Möglichkeit zu geben und ihm daraufhin den bekannten Auftrag gegeben. Von nationalsozialistischer Seite wird nun behauptet, daß dieser Auftrag

nicht ehrlich gemeint gewesen sei,

sondern durch die verschobenen Bedingungen, die an den Auftrag geknüpft waren, ihn unerschütterlich zu machen, um das Kabinett Bawn wieder zu neuem Leben erziehen zu lassen. Diese Auffassung muß zurückgewiesen werden.

Von den Voraussetzungen,

die der Reichspräsident an seinen Auftrag geknüpft hatte, ist die wichtigste die Vereinfachung des Dualismus von Reich und Preußen. Diese Frage ist auch mit den Parteienführern besprochen worden und von seiner Seite ist gegen diese Sachverhalte ein Einwand gemacht worden. Auch die Länder, vor allem Bayern, haben sich mit der Vereinfachung dieses Dualismus einverstanden erklärt, wenn die Länder vor der endgültigen Entscheidung gebirt werden.

Es wäre also nach Ansicht der zuständigen Reichsstellen durchaus möglich gewesen, wenn Hitler versucht hätte, eine Mehrheitsregierung zu bilden, und vorher

die Ansicht der anderen Parteienführer gehört hätte.

Wäre er dann zum Reichspräsidenten gekommen und hätte betont, er würde zwar eine Mehrheit bilden, diese Mehrheit hätte aber die eine oder die andere Bedingung mit Ausnahme der Vereinfachung des Dualismus zwischen Reich und Preußen für unerschütterlich, so hätte eventuell darüber gesprochen werden können. Daß Hitler aber von vornherein aus der Stellung der Bedingungen des Reichspräsidenten einen Widerspruch konstruiert, beweist, daß Hitler den ihm vom Reichspräsidenten vorgelegten Weg gar nicht gehen kann.

Alle Voraussetzungen, die der Reichspräsident an Hitler gestellt hat, sind in der Verfassung begründet, so vor allem die Ernennung der Reichsminister. Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident dem Reichskanzler gegenüber seine Ansicht über die ihm zum Vorschlag gebrachten Minister kundtut.

Der Vorschlag Hitlers an den Reichspräsidenten läßt sich dahin zusammenfassen, daß er mit niemand außer mit dem Reichspräsidenten selbst verhandeln wolle. Dieser Herr wollte dem Reichspräsidenten in großen Zügen eine Konstitutionsprogramm vorlegen. Hätte der Reichspräsident dieses Konstitutionsprogramm angenommen, sollte er Hitler zum Reichskanzler ernennen und ihn mit allen Vollmachten betrauen. Dann erst wollte Hitler an die Parteien herantreten und versuchen, eine Mehrheit zu schaffen.

Die Erstellung dieser Vollmachten könne der Reichspräsident allerdings nur einem Namen geben, der sein unbedingtes Vertrauen habe und von dem er hoffe, daß er diese Vollmachten nicht missbrauchen

würde. Beim Kabinett Brüning, auf das sich Hitler in seinem Antwortbrief bezieht, war es so, daß Brüning, der übrigens nie Parteiführer war, zuerst eine parlamentarische Regierung gebildet hat. Erst, nachdem sich das Parlament als arbeitsunfähig herausgestellt hatte, und Brüning das Vertrauen des Reichspräsidenten gewonnen hatte, hat sich der Reichspräsident entschlossen, Brüning an der Spitze eines Präsidialkabinetts zu belassen. Was den Hinweis Hitlers betrifft, daß er seine Bewegung nur dem Volke zur Verfügung stellen wolle, so habe kein Mensch etwas anderes von ihm verlangt.

Am Mittwochabend hat im Einvernehmen mit Hindenburg eine Besprechung zwischen Hitler und Schleicher stattgefunden, um die Hitler gebeten hatte. In dieser Besprechung hat Hitler erklärt, daß er nie einen anderen Weg gehen werde wie den, den er vorgeschlagen habe. Er könne nur mit einer Regierung einverstanden sein, wenn er die Führung dieser Regierung habe. Er werde auch kein Kabinett übernehmen und tolerieren oder irgendeinem seiner Partei als Vertrauensmann in ein anderes Kabinett hineinschicken. Er forderte nochmals nach Schleicher gegenüber die schrankenlose Betrauung mit dem Amt als Reichskanzler.

Reichstag am 6. Dezember.

Reichstagspräsident Göring hat den Reichstag auf Dienstag, den 6. Dezember, 15 Uhr, einberufen.

Die Einladung an die neugewählten Reichstagsabgeordneten.

Das Büro des Reichswahlleiters wird die endgültige Liste der neugewählten Reichstagsabgeordneten vor Anfang Dezember kaum fertigstellen können. Es fehlen bisher zahlreiche Erklärungen über die Annahme des Mandats, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß sich die mehrheitlich Gewählten bisher noch nicht entschieden haben, an welcher Stelle sie das Mandat annehmen wollen. Erst wenn diese Erklärungen vorliegen, kann die Veröffentlichung der Namen der Neugewählten im Reichsanzeiger erfolgen, und auch erst dann hat die Reichstagsverwaltung die Möglichkeit, offizielle amtliche Einladungen an die neugewählten Reichstagsabgeordneten ergehen zu lassen.

In der Presse ist berichtet worden, daß die Kommunisten durch Listenverbindung der Wahlkreise Düsseldorf-West und -Ost ein weiteres Reichstagsmandat erhalten hätten. Diese Werbung muß auf einem Irrtum beruhen, da das amtliche endgültige Wahlergebnis bereits vor einigen Tagen vom Reichswahlamt veröffentlicht worden ist. Die Zahl der kommunistischen Reichstagsmitglieder beläuft sich danach auf 100.

Geschäftsanzweisung der Regierung Braun

Das preussische Staatsministerium (Regierung Braun) hat Richtlinien für die Weiterführung der Geschäfte beschlossen, in denen eingehend festgelegt wird, daß nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes allein Ministerpräsident Dr. Braun und die preussischen Staatsminister die preussische Staatsregierung, die preussische Landesregierung und das preussische Staatsministerium bilden. Es heißt dann in dem Erlaß:

Sitz des Staatsministeriums

und des preussischen Ministerpräsidenten als Behörde ist, solange das Gebäude Wilhelmstraße 63 für das Staatsministerium nicht freigegeben ist, bis auf weiteres auf Grund der Verordnung vom 18. November das Dienstgebäude Veltjager Straße 8. Vertretender Beamter für den Ministerpräsidenten und das Staatsministerium als Behörde ist Ministerialdirektor Dr. Brecht, der in Vertretung der Ministerialdirektoren Dr. Vadi und Cohnmann. Es wird darauf hingewiesen, daß die Minister Steiger, Schreiber, Schmidt, Klepper und Grimm ihre bisherigen Ämter behalten und durch die Staatssekretäre ihrer Ministerien in der üblichen Weise vertreten werden. Minister Severing werde bis auf weiteres, soweit nichts anderes bestimmt wird, ebenso wie der Ministerpräsident, vertreten (nämlich durch Dr. Brecht).

Alle Beamteten werden darauf hingewiesen,

daß es ihnen nicht gestattet sei, namens der „Staatsregierung“, der „Landesregierung“, des „preussischen Ministerpräsidenten“ oder der „preussischen Staatsminister“ mündlich oder schriftlich Erklärungen abzugeben, die in Wirklichkeit in Vertretung der Kommissare des Reiches und nicht in Vertretung des Staatsministeriums oder der Staatsminister erfolgen. Es sei ihnen ferner nicht gestattet, in mündlichen oder schriftlichen Erklärungen von der „kommunizierten Staatsregierung“ zu sprechen, da nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes an die Stelle der Landesregierung vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden könne.

Preussischer Landtag Der Konflikt Reich-Preußen.

(21. Sitzung.) tt. Berlin, 24. November.

Im Preussischen Landtag, der wieder zu einer kurzen Tagung zusammengetreten ist, erklärte Abg. von Winterfeld (Ztr.) daß eine Fraktion die Vereinfachung der geschäftsführenden Regierung Braun-Hitler-Zeiger für unbedingt notwendig halte. Seine Fraktion werde daher mit der geschäftsführenden Regierung keinerlei Verhandlungen pflegen, sondern nur Anordnungen und Beschlüsse des Reichskommissars zulassen.

Minister Hiltner leitete sodann in Vertretung des erkrankten preussischen Ministerpräsidenten Braun die Aussprache über die Verfassungsfragen zwischen Preußen und dem Reich ein. Er forderte namens der geschäftsführenden preussischen Staatsregierung die völlige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli. Die Regierung Braun-Hitler-Zeiger kämpfe nicht nur für ihre Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung, sondern darüber hinaus für die Rechte des Landes Preußen.

Abg. Müller-Salle (Zog.) begründete sozialdemokratische Antrag, worin u. a. die Aufhebung der Verordnungen vom 20. Juli und vom 18. November gefordert wird. Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt.

(22. Sitzung.) tt. Berlin, 25. November.

Der Preussische Landtag setzte am Freitag die Aussprache über die Verfassungsfragen fort.

Abg. Kolber (Komm.) erklärte, die tatsächliche Aktion am 20. Juli einseitig worden, um die tatsächliche Staatsgewalt zu zentralisieren und dadurch die Voraussetzungen für eine wirksamere Niederrückmeldung der wertvollsten Arbeitskräfte zu schaffen.

Abg. Dr. Hamburger (Zog.) stimmt den Ausführungen des Ministers Hiltner über den 20. Juli zu und polemisiert gegen die Regierung Bawn. Abg. Dr. Vaußner (Ztr.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der es heißt, daß seine der jüngeren Abgeordneten, welche die Landesregierung den preussischen Ministern vor aller Welt zum Vorwurf machte, sich nach den Bestimmungen des Staatsgerichtshofes als richtig herausgestellt habe. Die Zentrumsfraktion habe es im Interesse von Staat und Reich für ihre und des Landtags bringende Aufgabe, den gegenwärtigen unerschütterlichen Zustand durch schleunige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu befestigen.

Abg. Schwarzhaupt (DVP.) meint, der Staatsgerichtshof hätte nicht eine theoretische Rechtsgrundlage, sondern praktisches Recht, d. h. Ordnung schaffen sollen. Dieses Ziel sei nicht erreicht worden.

Abg. Sandner (Komm.) nennt es besorgniserregend, daß die Nationalsozialisten in dieser Aussprache überhaupt nicht das Wort nehmen. Es soll werde auch in Deutschland so auftreten, wie es die Sowjetarbeiter vor fünfzehn Jahren getan hätten.

Es folgt die gemeinsame Aussprache über die unter dem

Thema Finanznot der Gemeinden und Erwerbslosenfragen

zuzammengefaßten Anträge.

Abg. Frau Christmann (Zog.) wiederholt die Auffassung, als ob Deutschland ein Wahlvertragsstaat sei. Unter dem

Heimliche haben sie ein rigoroser Abbau der Sozialpolitik er-

Abg. Angene (Ztr.) schildert die Not der Landgemeinden und Kreise. Die Gemeinden des früher belebten Gebietes litten noch unter den besonderen Folgen der Weltwirtschaftskrise.

Abg. Baeren (Komm.) meint, die Maßnahmen der Staatskommissare seien völlig ungenügend, die Gemeindefinanzen in Ordnung zu bringen.

Abg. Hiltner (Nat.-Zog.) betont, von den Nationalsozialisten könne man nicht verlangen, daß sie in den Ländern, in denen sie heute an der Regierung seien, nach dreizehnjähriger marxistischer Mißwirtschaft von heute auf morgen gesunde Verhältnisse schaffen.

Gegenüber kommunistischen Anschuldigungen erklärt Ministerpräsident Braun (Zog.) in dem Ministerialrat ohne Wert, als den man Sozialstaat bezeichnen könne, und den Kommunisten immer lobten, herrsche eine so arastriale Not der Arbeiterchaft, daß man damit die Verhältnisse in Deutschland gar nicht vergleichen könne. Es würde es auch bei uns ausfallen, wenn es jemals zu einem Sowjetdeutschland käme. (Zärm bei den Kommunisten.)

Als Abg. Frau Wachenheim (Zog.) das Wort erhält, verurteilen die Nationalsozialisten den Sozial. Die Landesregierung auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung sei, sei es auch hinsichtlich der Jugendwohlfahrtsversicherung. Der Erlaß, wonach die Rürortergesetzgebung mit dem neunzehnten Lebensjahre enden soll, sei sachlich mangelhaft und praktisch unerschütterlich.

Abg. Hiltner (Ztr.) spricht über die Finanznot der Gemeinden. Der Redner hebt hervor, daß die Rürortorg des Zentrums für die Erwerbslosen wiederholt in vom Anblau angenommenen Entwürfen zum Ausdruck gekommen sei, in denen u. a. verlässliche Kosten für die Erwerbslosen gefordert würden.

Die Finanznot der Gemeinden im Industriegebiet sei besonders verhängnisvoll durch die Wirtschaftskrise. Die Nationalsozialismusmaßnahmen der Industrie trügen erhebliche Schuld daran.

Abg. Rechner (Zog.) hält den Nationalsozialisten und den Kommunisten vor, daß sie keine Wege gesucht hätten, wie den Gemeinden geholfen werden könne. Er empfiehlt die Anträge seiner Fraktion für Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten.

Gegen 15 Uhr ist die Aussprache über die Gemeindefinanzen und Erwerbslosenfragen beendet. Die Debatte über Sondergerichte und Berliner Verkehrsreform wird auf Sonnabend 10 Uhr vertagt.

Ungewisse Zukunft

für Deine Frau, wenn Du nicht mehr da bist —

für Deinen Sohn, wenn Du ihm nicht mehr helfen kannst —

für Deine Tochter, wenn Du nicht mehr für sie sorgen kannst —

also Lebens-Versicherung!



Moderne Damenmäntel

immer wieder Neuheiten!

Elegante Damen- und Badfish-Mäntel mit großem Pelzbesatz in den Preislagen **15—55 Mk.**

Spezielschnitt für Frauen m. großer Hüftweite. Reine Wolle mit Pelzkragen und Satteljutter **27.— Mk.** ganz auf Seide **34.— bis 48.— Mk.** Bei besonderen Wünschen Anfertigung nach Maß ohne Mehrberechnung

Kinder-Mäntel in allen Größen!

Emil Bortfeld



Raucher gib Acht!

6 ↘ 8 ↘ 10 ↘ Cigarren

wie nie zuvor geboten, bringt als **Sonderangebote** heraus das anerkannte **Fachgeschäft**

Louis Hofmann, Torgauer Str. 20

Meine Auslagen überzeugen Sie! **Rabatte!**

Bestes Weizenmehl 000

Kaiser-Auszug zur Weihnachtsbäckerei empfiehlt

Werner Otte, Speicher am Kleinbahnhof.

Vorschriftsmäßige

Mietkündigungs-

Formulare

hält vorrätig **Herm. Steinbeiß,** Papierhandlung.

Notverordnung des Weihnachtsmannes!

„Du sollst Freude machen!“

Weihnachts-Geschenke

von bleibendem Wert in Uhren, Gold-

waren, Bestecken und Kristall kaufen

Sie am vorteilhaftesten bei

Robert Meißner, Annaburg,

Mittelstraße 28

Spezialist für Armband- und feine Herrenuhren

Annaburger Landwehr-Berein

Sonnabend, den 26. Novbr. 1932

abends 8 Uhr, findet unser diesjähriges

Herbst-Bergnügen

im Hotel „Waldschlößchen“ statt.

Die Kameraden sind hierdurch mit ihren

Familienangehörigen herzlich eingeladen.

Eintritt, auch für Angehörige ohne eigenen

Sausland, frei. **Der Vorstand.**

Gasthof „zum Siegeskranz“

Morgen, Sonntag, den 27. November:

Adventsfeier (Nach-Kirmes)

Für die Speisen ist bestens gesorgt.

Von nachm. 4 Uhr ab: Kaffee u. Kuchen.

Antritt von ff. „Gadebräu“.

Freundlichst ladet ein **Gustav Dubro.**

Gasthof z. Kleinbahn

Sonntag, den 27. Novbr.

fröhliche Adventsfeier

in neu dekorierter Diele. Gute Unterhaltungsmusik.

Die Küche bietet das Beste.

Freundlichst ladet ein **Hermann Beier.**

Bratheringe 1 Ltr.-Dose **48** ↘

Bratheringe, ohne Kopf 1 Ltr.-Dose **58** ↘

Sering i. Gelee 1 Ltr.-Dose **62** ↘

Merfeinste Sprotten 1 Pfd.-Kiste nur **44** ↘

Hollmops 1 Ltr.-Dose **66** ↘

Kronjardin 1 Ltr.-Dose **67** ↘

Hollmops in Remoulade 1/2 Liter-Dose **56** ↘

Portug. Delfardin 140 gr.-Dose **26** ↘

5 Prozent Rabatt!

J. Kählig's Nachfolg.

Inh.: Martha Müller, Mühlenstr. 40.

Thermosflaschen

ganz Aluminium, mit

Verzellanbecher.

Stück 1.25 Mk.

J. G. Fritzsche.

Einen Wurf

Werkel

verkauft Willy Lehmann,

Bursien.

Bestellungen auf

Britetts und

Grudekofs

nimmt ständig entgegen

J. Kählig's Nachf.

Inh.: Martha Müller

Mühlenstr. 40.

Freude machen mit Bleyle-Sachen

Mit BLEYLE machen Sie Ihren Lieben ein Geschenk, mit dem Sie guten Geschmack verraten und an dem der Beschenkte noch lange Freude haben wird. Mit einem solch qualitätsvollen Geschenk treffen Sie immer das Richtige. Dabei ist die Bleyle-Kleidung überaus preiswert.

Für die Kinder

Lumberjack „Robert“ für Knaben, flotte sportl. Form, Größe 0.90 RM. **7.80**

Mädchenkleid „Irene“ mit Gürtel und Faltenärmel, Größe 0.90 RM. **11.25**

Für die Dame

Jacke „Bruni“ zweireihig, sportl. Form mit Revers, Gr. 42, RM. **13.50**

Damenkleid „Maja“ mit Gürtel und Biesengarnitur, Größe 7 RM. **20.25**

Für den Herren

Pullover „Luzern“ ärmellos, mit elastischem Bund, Größe 84, RM. **7.60**

Weste „Luzern“ mit langen Ärmeln und zwei Taschen, Gr. 84, RM. **11.70**

Verlangen Sie bitte den Bleyle-Katalog mit der grossen Auswahl für jedes Alter

Carl Quehl

Sonder-Angbot!

Rein gut löslicher Kakao, entölt 48 Pf.

Thams & Garfs Niederlage H. Wollschläger.

Eine Hausstrixkur

mit der natürlichen Seltquelle

Karlssprudel

Schützt Sie vor Grippe und heilt ihre üblen Begleiterkrankungen, wie Nachen- und Kehlkopfkatarrh und Verschleimung. Ferner heilt **Karlssprudel** Zuckerkrankheit, Nieren- und Gallenleiden, Gelbsucht, Leberleiden, Überverkalkung, Gicht und andere Stoffwechselkrankheiten. Ausführliche Prospekte kostenfrei! Originalflaschen zu 55 Pf. zu haben bei:

J. G. Fritzsche.

Der neue Mende 180

zeigt auf erleuchteter Nietenkatal folgende Stationen:

Karlsruhe, Ludwigsfelde I, Königsberg, Hemsbura, Kiel, Loh, Nürnberg, Trierle, Gleiwitz, Frankfurt a. M., Mar. Ultraa, Torino, Delsberg, Bratislava, Spaa, Hofee, Northern-Dea, Genova, Dresden, Breslau, Milano, Brüssel II, Straßburg, Genz, Mülhader, Eichenitz, Hamburg, Teutche, Koenigs, Bucarest, Cottens, Katowice.

Glückeneine, naturgetreue Wiedergabe von Musik und Sprache! — Kein Pfeifen, kein unnützes Suchen der Stationen. **Vollkommene Einknopf-Verbindung, nur einstecken — ablesen — hören!**

Unverbindliche Vorführung bei:

Marta Stein.

Hand-Leiterwagen

in allen Größen zu haben bei

J. G. Fritzsche.

Die eleganten Damen-Mäntel

finden Sie in meiner Spezial-Mantel-Abteilung in großer Auswahl, in neuesten Modellen und wie bekannt zu den billigsten Preisen!

Elegante Herren-Garderobe

Wah-Erlosh, garantiert auf Rohhaar gearbeitet, zu den billigsten Preisen

Sonder-Angbot in Lindener Samt

neue Druckmuster 2.95 Mk. **Wahsh-Samt** in neuen Mustern und verschiedenen Preislagen

Wollstoffe: Hammer Schlag — Pirischhant — Crep-Stoff

Große Auswahl in **Trikotagen** und **Wollwaren**

Ernst Beschke, Aderstraße 16

Das Haus der guten Qualitäten!

Nähmaschinen

Fahrräder

Wringmaschinen

Radio-Apparate

Sprechapparate

Schallplatten

Taschenlampen

Batterien

Akku- Ladestation

sowie **alle Ersatzteile** finden Sie in **größter Auswahl** und **jeder Preislage** bei mir.

Herm. Meyer sen., Torgauer

Erstes Fachgeschäft am Platz

Preise enorm billig!

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Die Winterhilfe geht ein.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege sind von Mitte September bis Ende Oktober d. J. insgesamt über 294 Millionen Kilogramm oder rund 3000 Waggons Lebensmittel, Brennstoffe und Kleidungsstücke aus den verschiedenen Gebieten des Reiches für die Winterhilfe von der Reichsbahn für den Reichsbahn für den Reichsbahn...

Joseph von Eichendorff.

Zur 75. Wiederkehr seines Todesjages. Man hat den Freiherren Joseph von Eichendorff, dessen Todesstag sich am 26. November zum 75. Male jährte, den größten deutschen Lyriker nach Goethe genannt. Ob das richtig oder nicht ganz richtig ist — es gibt da immerhin noch so große Lyriker wie Keats, Mörike, Storm und andere —, sicher ist jedenfalls, daß Joseph von Eichendorff, der „letzte Ritter der Romantik“, zu den größten lyrischen Dichtern Deutschlands gehört. Viele seiner Gedichte — „In einem frühen Grunde, da geht ein Wäldchen“, „Dem Gott will rechte Günst erweisen, den Schick ist in die weite Welt“, „Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut so hoch da oben“ u. a. — sind so vollklingend geworden, daß man sie für edle Volkslieder halten könnte. Aber auch von seinen anderen Gedichten sind viele tief ins Volk gedrungen und mit dem Empfinden des Volkes innig verbunden; es sei nur erinnert an den von Wendelsohn in Musik gesetzten Abschiedsgesang: „O Taler weit, o Höhen!“, „O Lieber wie: Es weih und tüt es doch feiner“, „O wunderbares, tiefes Schöne, wie einfach ist's noch auf der Welt“, „Hern Harten durch die Lüste“ usw. Eichendorff war aber nicht nur Dichter, sondern auch Romanabichter und Dramatiker, aber von allen Dichtungen die in diese Gebiete fallen, wird heute vielleicht nur noch die Erzählung „Aus dem Leben eines Taugenichts“ beachtet. In allen seinen Romanen und Romanen sind die eingetragenen Lieber das belle.

„Gefundene Wirtschaft im starken Staat.“

Die Notwendigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsreform. Auf die Notwendigkeit, die als richtig erkanntem grundlegenden Verwaltungs- und Verwaltungsreform, wie auf einer Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnam-Verein) der Vorsitzende Dr. Hg. Springorum hin. Bei dem Umbau des Verwaltungsapparats müsse zunächst Hand an die stärksten Stellen gelegt werden, das seien die Ministerien über das Reich und das Reichsministerium des Innern. Als Ziel einer Verwaltungsreform erkenne man den dezentralisierten Einheitsstaat unter Schonung historischer und kultureller Eigenheiten einzelner Reichsteile. Man müsse an dem Ziel festhalten, die Gemeinden zu einer wahren Selbstverwaltung zurückzuführen. Grundsätzlich reformbedürftig seien auch die Sozialversicherungen, die Wasserverwaltung, die Arbeitslosenversicherung müsse vom Gemeindehaushalt finanziell losgelöst werden. Professor Dr. Karl Schmitt-Berlin wies darauf hin, daß man heute eine deutliche Unterbrechung der staatlichen und der staatsfreien Sachgebiete treffen müsse. Im Interesse der notwendigen Erhaltung von staatsfreien, nichtstaatlichen aber öffentlichen und rein privaten Sachgebieten. Auf der Grundlage einer klaren Unterbrechung lasse sich an die Stelle der bisherigen Parteipolitik eine echte Zusammenarbeit und eine echte föderalistische Opposition setzen.

Ein Aufruf an die Politiker.

Ein von zahlreichen Persönlichkeiten aus den Kreisen der Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst unterzeichneter Aufruf wendet sich an die deutschen Politiker u. a. mit folgenden Worten. „Jetzt gilt es, das Schicksal der deutschen Wirtschaft und damit das Schicksal Deutschlands überhaupt auf lange Sicht hinaus zu bestimmen und festzusetzen. Verlangt die Politik heute, so ist die Chance für ein wiedererwartendes Deutschland voran. An die Politiker ergeht deshalb der Ruf der Schaffenswilligen: Bereitet der dauernden Unruhe, dem unheilvollen Kampf aller gegen alle ein Ende! Normiert die geschlossene Front des Aufbaues! Nur so werdet ihr der Größe der Stunde gerecht, die vor allem und von allen Großzügigkeit und entschlossenes Handeln fordert.“

„Fliegerangriff“ auf Theater und Krankenhaus.

Luftschulübungen in Kassel. Im Rahmen der mitteldeutschen Luftschulübungen gelangten in Kassel einige Luftschulübungen zur Durchführung. Der Übung lag ein „Fliegerangriff auf Kassel“ zugrunde, von dem ein Teil der Beobachter während einer Vorstellung im Staatstheater rechtzeitig übertrug wurde. Es galt die Theaterbesucher rechtzeitig in Sicherheit zu bringen und sie in die Schutzräume — bombensichere Keller — zu leiten. Der zweite Teil der Übung fand im Landestheaterhaus statt. Auch hier wurde die Abwehr durch eine Weltauf der drohenden Gefahr aufmerksamer gemacht. Durch eine Sirene genannt, setzte der Vortransport der „Kranke“ in die Kellerräume ein. Es handelte sich um Erprobungsübungen, deren Ergebnisse die Grundlage für den weiteren Ausbau des Luftschutzes in Deutschland bilden sollen. Den Abschluß der Übungen bildete eine Verbundübung der Stadt auf drei Minuten. Während dieser Zeit zog über der Stadt, hell erleuchtet, der „feindliche Flieger“ seine Kreise.

Goldgräber.

Riesige Goldfunde in Venezuela. Nach einer Mitteilung des venezolanischen Generalkonsulats in Hamburg ist in Venezuela mitten im Urwald eine außerordentlich reichhaltige Goldmine entdeckt worden. Der Fundort liegt in den Regionen des Alto Cubani in der Nähe des Flusses Cumaná. Der Entdecker der Mine hat mit einigen anderen Arbeitern in ganz kurzer Zeit riesige Mengen Gold erbeutet, und zwar, wie das Generalkonsulat mitteilt, über 800 000 Gramm.

Man hält die Mine für die größte und reichhaltigste der Welt. Nach dem Bekanntwerden dieser Goldfunde sind bereits von Arbeitern an den Fundort geschickt, um dort ihr Glück zu versuchen. Die venezolanische Regierung hat, da die Mine auch nach dem Urteil Sachverständiger als sehr ergiebig angesehen wird, sofort eine Kommission zur ordnungsgemäßen Ausbeutung an dem Fundort entsandt.

Bermischte Nachrichten.

Der Aufsichtsrat der Polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft hat den Beschluß, die Direktion der neuen Eisenbahnlinie Opatowitz-Berschlesien-Gdingen in Bromberg unterzubringen. In Gdingen soll eine besondere Zweigstelle eingerichtet werden. Die Eröffnung des Verkehrs auf der neuen Linie soll am 1. Januar 1933 erfolgen.

Zwischen dem amtierenden amerikanischen Präsidenten Hoover und dem neugewählten Präsidenten Roosevelt fand eine Konferenz über die Kriegsaufgaben statt. Zu einer Einigung über die Behandlung der Frage ist es noch nicht gekommen.

Zwei fischige Angellage aus dem Potempa-Prozess verhaftet.

Beuten. Die in der Potempa-Sache stark belasteten, aber bisher schuldig gewordenen Angellagen G. O. L. M. B. und D. H. L. M. B. sind jetzt in P. L. H. durch die Landesstrafkammer verurteilt worden. Da bei ihnen fische Beute vorgefunden wurden, konnte ihre Identität erst nach Ermittlungen, die von der Staatsanwaltschaft Berlin geführt wurden, festgestellt werden. Die Verurteilten befinden sich im Wehner Gerichtsgefängnis.

Grube in einer Eucyber-Papierfabrik.

Gruben. In der Garage der Papierfabrik Kaiser nach dem Brand aus, der das große Garagengebäude mit neun Kraftwagen, darunter einem Omnibus, vernichtete. Der Dachstuhl des Hauptgebäudes wurde zum größten Teil zerstört. Auch das angebene Papierlager, in dem mehrere tausend Kilo verarbeitete Papiere aufgeschichtet waren, wurden restlos zerstört. Die Fabrikationsräume sind zum größten Teil erhalten geblieben, doch haben einige Maschinen erheblichen Schaden erlitten.

Von Gronau beendet seinen Weltkrieg in Ost.

Recherland auf Ost. Wolfgang von Gronau ist mit seinem Kavallerie-Regiment, mit dem er den Weltkrieg durchgeföhrt hat, in Ost auf Ost eingetroffen. Er hatte beiderseits Wert darauf gelegt, sein Heimgang persönlich zurückzuführen.

Sprengstofffund an der Straße Hamm-Münster. Offen. Auf der Straße Münster-Altropf ist neben dem Glets Hamm-Münster ein Paket mit einem Kilogramm Sprengstoff gefunden worden. Nach den Umständen des Fundes scheint ein verbrecherischer Anschlag nicht geplant gewesen zu sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß ein Diebstahl aus dem Zuge heraus sich des Sprengstoffes entledigt hat.

Neue Erdbeise in Holland.

Amsterdam. In einem Teil der Provinz Noordbrabant wurden erneut Erdbeise wahrgenommen, die jedoch von langer Dauer und lange nicht so heftig waren wie die in der vorigen Nacht. Menschen wurden durch Stürzen der Dächer und Schwallen von Gegenständen aus dem Schlaf gerissen. Wahrnehmungen über die Erdbeise wurden aus Helmond und Umgebung, aus D. B. Venen, über u. m. gemeldet. Auch in der Provinz Limburg, und zwar in Voermond, Weert und anderen Orten sind Erdbeise wiederum wahrgenommen worden.

67. Jahre Zuchthaus beantragt.

Dortmund. Der Staatsanwalt beantragte im Dortmund Sprengstoffprozess gegen zwölf Angeklagte die alle 67 Jahre in die Zuchthäuser zu schicken, Zuchthausstrafen von sieben Jahren einem Monat bis zu fünf Jahren, insgesamt 67. Jahre Zuchthaus. Der Staatsanwalt betonte, ein sehr großer Teil des gestohlenen Sprengstoffes befindet sich heute noch in unbekanntem Händen und bedeutet eine große Gefahr für die Öffentlichkeit.

Heimgefunden

Roman von M. Wiant-Cismann.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Potentilla herrschte in dem großen Haus. (Abermitleid!) Da schlief alles noch und träumte von den Festen, die den meisten vielleicht schon rasch vorübergegangen waren. Hoff nahm in einem weichen, bequemen Schlaf auf dem Fenstler Platz und schaute über die Bäume des Gartens hinweg ins Freie. Auch auf den Straßen herrschte heute eine seltsame Stille. Die bunten Papierfliegen, die sich in den Blüten der Bäume verfangen hatten und im Winde flatterten, verrieten, daß eben erst der Karneval vorübergegangen war. Hoff rierte den Stuhl ganz nahe ans Fenster, so daß sie die Arme auf das Brett stützen und den heißen Kopf an eine der kühlen Scheiben lehnen konnte. Mit brennenden Augen lachte sie vor sich hin. Sie sah kaum den frohen, lustigen Reigen, den die weißen Schneeflocken vor dem Fenster tanzten; sie achtete kaum darauf, daß die Gartenwege und Beete mit einer weißen Schneedecke zugedeckt wurden. Ihre Lippen zuckten und bebten manchmal wie von verhaltenem Weinen. (Abermitleid!) Vielleicht waren alle ihre seltsamen Erlebnisse nichts weiter als ein toller Karnevalsputz, der dem Reigen des (Abermitleid!) Hoff Helling wußte nicht, wie lange sie so gefessen hatte, als das Klirren des Gartentores sie aus ihren Grübeleien aufweckte. Sie sah, daß Herbert Wallen das Haus verließ. Da amete sie auf, denn nun wußte sie, daß sie ihrem Schwager nicht begegnen würde. Es wäre ihr sehr schwer geworden, ihn zu belügen — und sie hätte doch lügen müssen, wenn er sie nach den Er-

lebnissen in Operehaus gefragt hätte. Sie durfte ihm doch zu seinen schweren geschäftlichen Sorgen nicht noch neue aufbürden. Sie hatte ja erfahren, daß er seit an Brigittas Treue glaubte. Da vernahm Hoff plötzlich leise Schritte im Korridor, die vor der Tür ihres Zimmers hallten. Sie sah ihren Verstand fluchen. Sie sah noch einen langen Gedanken fassen konnte, wurde leise die Tür geöffnet und Brigittas blonder Buschelpopf schaute durch einen Spalt ins Zimmer. Raum oder sah sie, daß Hoff an Fenster stand, da trat sie ein und zog die Tür hinter sich zu. „Langschlafen, du! Wir haben lange auf dich mit dem Frühstück gewartet.“ Hoff schaute prüfend ihre Schwester an und erklärte dabei: „Ich habe nicht geschlafen, Brigitta.“ „Warum bist du dann nicht heruntergekommen?“ „Ich konnte Herward nicht begegnen. Ich hätte ihm nicht in die Augen sehen können.“ Brigitta lachte mitleidend auf. „Sag du vielleicht einen moralischen Rahmen, weil Hansdieter Vordardt dich gelassen geküßt hat? Warte nur, mein Schwelger, bald wird er dich oft in seinen Armen halten!“ Da überzog sich Hoff Hellings bleiches Gesicht mit dunkler Röte. Ihre Augen flammten auf und sie rief: „Wie wird Hansdieter Vordardt mich ein zweites Mal küßen!“ „Derrrr! Du mußt ja Augen, daß man sich fürchten könnte!“ Hoff Sellings presste die Lippen zusammen und stieß tonlos hervor. „Ich kenne dich kaum noch, Brigitta. Du bist eine ganz andere geworden.“ „Dieses Kompliment möchte ich dir zurückgeben, Hoff. Auch du ercheinst mir fremd und verändert. Ich könnte fast


glauben, ich hätte eine Nonne vor mir, die nichts von den Freuden dieser Welt wissen will.“ Hoff karrte die Schwelger an. „Ich möchte so gerne laden und fröhlich sein — und ich bin es auch, Brigitta, — aber derartige Freuden, wie ich sie gestern erleben mußte, sind mir fremd und widerwärtig.“ „Was soll das heißen?“ Hoff amete schwer. Ihre großen, dunklen Augen schauten unverwandt die Schwester an. Für Sekunden herrschte Schweigen. Dann erklärte sie: „Ich möchte so gerne glauben, daß meine Erlebnisse in diesen beiden Tagen nur ein Traum sind, der mich weckt. Aber ich kann es nicht, denn meine Vernunft sagt mir, daß ich Zeugnis einiger Szenen wurde, die eine Tragödie für das Haus Wallen herbeiföhren können.“ Brigitta karrte ihre Schwester an. Ihre seltsamwundern Blicke hatten sich finster zusammengezogen und ihre Stimme hatte einen harten Klang, als sie fragte: „Was sollen diese Worte bedeuten? Willst du sie mir nicht erklären, Hoff?“ Die Kleine lächelte bitter. „Bedarf es wirklich noch dessen, Brigitta? Was hättest du deinem Gatten erklären wollen, wenn er dich gestern Abend in den Armen Hansdieter Vordarths überfallen hätte?“ Gleichgültig zuckte Brigitta die Schultern. „Karnevalsfreude! Das weiß Herward ganz genau!“ „Du belügst dich selbst, Brigitta. Du weißt, daß es eine Szene gegeben haben würde!“ Wieder zog Brigitta die Schultern hoch. „Dann hätte Herward sich nur lächerlich gemacht. Es wäre wirklich nicht notwendig gewesen, daß du dich für mich opferst. Herward weiß genau, daß ich mich amüßeren will.“ „Denkst du denn nicht daran, daß du Herward damit klümmert und Sorgen bereitest?“ „Nein. Ich werde mit niemals irgendeinweises Gewissensbisse. Ich lebe mein eigenes Leben, lebe es nur einmal und will es in vollen Zügen genießen.“ (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nach 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Morgens 8, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Verzögerung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ
für Amts- und
Gemeinde-Behörden



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umhänge, Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 142. Sonnabend, den 26. November 1932. 35. Jahrg.

Die Verhandlungen mit Adolf Hitler abgeschlossen.

Mehrheitskabinett des Brälaten Raas ebenfalls unmöglich!

Berlin, 25. November 1932

Im Auftrage des Reichspräsidenten hat Staatssekretär Dr. Meißner brieflich Adolf Hitlers Gegenverschlagn auf Betrauung mit dem Kanzleramt einer Präsidialregierung ablehnend beantwortet. Der Staatssekretär gibt aber im Auftrage des Reichspräsidenten der Hoffnung Ausdruck, daß eine Zusammenarbeit zwischen Hindenburg und Hitler eines Tages doch noch zustande kommen werde. Der Reichspräsident sehe jederzeit Hitler zu einer Aussprache gleich welcher Art zur Verfügung. (Der Briefwechsel ist in der Beilage abgedruckt.)

Nach dem Scheitern eines Kabinetts der nationalen Konzentration mit Hitler an die Spitze hat der Reichspräsident die Parteiführer zu neuen Besprechungen empfangen und den Führer des Zentrums, Brälaten Raas, beauftragt, einen neuen Versuch in der Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag zu unternehmen.

Ein Aufruf Hitlers

Nach Abschluß der Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler hat der Führer der Nationalsozialisten einen Aufruf an seine Parteigenossen erlassen.
Hitler erklärt in diesem Aufruf, daß er mit der Voraussetzung über das Ergebnis der Arbeiten des Kabinetts von Papen recht befaßt habe. Hitler spricht in dem Aufruf von der Gefahr des Volkswirtschafts und sagt dann zu den Verhandlungen über die Krisis, daß man ihn „nach Berlin rufen habe“, und daß man doch nichts anderes wollte, als „Papens Kabinett zu retten“ und Hitler „einen zweiten 13. August zu bereiten“.
Der Aufruf, eine Lösung parlamentarischer Art herbeizuführen, sei „vorsorglich durch die daran geknüpften Bedingungen von vornherein unmöglich gemacht“. Sein eigenes Angebot sei abgelehnt, und damit sei „der Wille der Mitglieder des Herrn Reichspräsidenten entfallen“.
Hitler gibt dann die Parole aus: „Der Kampf wird weitergeführt, und wer den Weg des Kabinetts Papen vom Juni bis heute mit offenen Augen verfolgte, der weiß, wer der Sieger sein wird.“

Röhm an die SA. und SS.

Der Stabschef Hitlers, Hauptmann Röhm, veröffentlicht folgenden Aufruf an die SA. und SS.:
„SA. und SS.-Kameraden! In dem zähen Ringen um Freiheit und Brot des deutschen Volkes liegt wieder ein Kampfabschnitt hinter uns. Der Reichspräsident hat das Angebot des Führers, sich mit der ganzen Kraft der Bewegung ihm zur Rettung von Volk und Vaterland zur Verfügung zu stellen, zurückgewiesen.
Noch ist die Stunde der Entscheidung nicht gekommen. Der Angriff wird fortgesetzt. Ungebeugt und trotzig! Die Hauptlast des Kampfes ruht weiterhin auf SA. und SS. Ich weiß, welche unermessbaren, immer sich heizenden Opfer an Gut und Blut für in dem jahrelangen Ringen gebracht haben. Sie wären vergebens, wenn wir vor dem Ziel erlahmen würden. Noch nie waren wir dem Erfolge so nahe wie heute.
Gedenkt des November 1918! Die Fahne der Freiheit, die uns Adolf Hitler in die Faust gegeben hat, wird nie eingeklopft.
Wir glauben an den Sieg! Es lebe der Führer!
Der Chef des Stabes, gen. Ernst Röhm.“

Die Parteiführer bei Hindenburg.

Amtlich wird mitgeteilt:
Der Reichspräsident empfing am Donnerstagnachmittag den Führer des Zentrums, Brälaten Raas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag. Die Besprechung wird am Freitagvormittag fortgesetzt.
Wie von unternannter Seite verlautet, sind auch die anderen Parteiführer noch zu dieser Frage gehört worden. Bei dieser Besprechung wurde der Reichspräsident durch Staatssekretär Meißner vertreten. Es waren Hugenberg für die Deutschnationalen, Staatsrat Schaffer für die Bayerische Volkspartei und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu dieser Besprechung gebeten worden.

Raas verhandelt mit den Reichsparteien.

Die politischen Verhandlungen des Freitags zur Behebung der Regierungskrise konzentrierten sich namentlich auf die Besprechungen, die der Führer der Zentrums-Partei, Brälat Dr. Raas, mit den verschiedenen Parteiführern hatte. Als erster erschien der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, bei Dr. Raas. Sodann hatte Dr. Raas eine eingehende Aussprache mit dem Parteiführer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, in der der Standpunkt der Deutschnationalen in der Frage des Dualismus Reich-Preußen und des Parlamentarismus zum Ausdruck kam.

In den Mittagsstunden hatte Raas eine Besprechung mit dem Führer der Nationalsozialisten, Hitler, über zwei Stunden. In politischen Kreisen wird die Besprechung zwischen Raas und Hitler lebhaft kommentiert. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß durch diese Verhandlungen über eine Mehrheitsbildung Hitler für sich abgeholt hat, wieder in Gang zu kommen.

Brälat Dr. Raas suchte am Freitagabend den Reichspräsidenten wieder auf, um ihn über seine Besprechungen zu berichten. Man rechnet allgemein den Erfolg dieser Verhandlungen auf die Entscheidung darüber, wer vom Reichspräsidenten an die Spitze der Regierung gestellt werden wird.

Die Stellungnahme der Deutschnation

Von deutschnationaler Seite wird zu der Besprechung Raas-Hugenberg mitgeteilt: Der Zentrumsführer Raas hatte den Wunsch ausgesprochen, auf Grund vom Reichspräsidenten erteilten Auftrages mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, eine Aussprache zu haben. Diese Unterredung fand am Freitag statt. Auf Grund der dem Reichspräsidenten am Freitagmorgen übermittelten Stellungnahme anlässlich des Reichstages vom Freitag Papen nahm Dr. Hugenberg auf die dem Reichspräsidenten am Freitagmorgen übermittelte Stellungnahme der Deutschnationalen zum parlamentarischen System Bezug und betonte namentlich, daß die Erfahrungen der letzten Jahre die Unmöglichkeit der Partei- und Parlamentarismus herbeiführen und ihre Unannehmlichkeit für das deutsche Volk besonders klar erwiesen hätten. Reichspräsident Hugenberg hat den vorhergehenden Folgen des seit 1919 zwischen Reich und Preußen herrschenden Dualismus bestehen. Die Entwicklung der letzten Monate enthalte Anfänge zur Überwindung beider Übel. Die Deutschnationale Volkspartei halte an beiden Fortschritten fest, solange es nicht eine andere namentlich parlamentarisch — eingestellten Kräfte des Landes gälte, die entgegen dem deutschnationalen Willen wieder hinfällig zu machen. Die Deutschnationale Volkspartei habe die vom Reichspräsidenten in diesem Sommer erteilten Entschlüsse

beachtet und demgemäß der Gedanken eines Präsidialkabinetts unterliegt. Dabei müßten allerdings die Fehler vermieden werden, die der Arbeit des zurückgetretenen Kabinetts anhaften.

Der Gedanke, eine Mehrheitsregierung durch die Festlegung von Programmpunkten und Aufgaben vorzubereiten, erinnere so sehr an die Richtlinienpolitik früherer Jahre, daß gerade die DVVP nach den gemachten Erfahrungen nicht das Bedürfnis einer Wiederholung empfinden könne. Der wirkliche Mittelpunkt der öffentlichen Schwere Krisenlage bestehe doch ausschließlich auf der Schwierigkeit der Verständigung über Personenfragen.

Um das neue Präsidialkabinett.

In Kreisen der Parteien in Berlin hatte man den Eindruck, daß nach dem Scheitern der Besuche über die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung ernsthaft eine Präsidialregierung in Erwägung liege, die eine

erheblich andere Zusammensetzung aufweise als die bisherige Regierung. Bei den Verhandlungen, die Brälat Raas persönlich mit Adolf Hitler am Freitagvormittag geführt hat, waren lediglich Reichspräsident Göring und der nationalsozialistische Abgeordnete Fried zugegen. Aus Zentrumskreisen verlautet, daß man

bei den Nationalsozialisten durch den Verlauf der Verhandlungen der letzten Tage so überrascht und misstrauisch geworden sei, daß eine itandweise erweiterte praktische Zusammenarbeit nicht in den hat der Vorsitzende der Parteien mit der DVVP nicht einverstanden sein. Bereits zu erkennen an einer Mehrheitsbildung

Verhandlungen ergebnislos!

Hindenburg empfing am Freitagmorgen den Führer des Zentrums, Brälaten Raas, um über eine Besprechung mit dem Führer der Nationalsozialistischen Partei, Dr. Hitler, und dem Führer der Bayerischen Volkspartei über die etwa noch in Aussicht stehende Bildung einer Koalition zu sprechen. Brälat Raas hat in dieser Besprechung die Möglichkeit einer Zusammenarbeit ebenfalls abgelehnt. Er erklärte, an sich entwerfen die sachlichen Grundzüge der Regierung durchaus seiner Erfahrungen der vergangenen Tage und auf Grund der Überzeugung, daß auch einem politischen Ergebnis dieser Verhandlungen seitens der Reichspräsidenten Stellen keine Folge gegeben würde, habe er eine Beteiligung seinerseits nicht in Betracht gezogen.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Brälat Raas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Verhandlung mit den Parteien abzusehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Brälaten für seine Bemühungen. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident nun von jedem weiteren Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung absieht, und stattdessen am Sonnabend einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung einer Präsidialregierung beauftragt wird.

